



Die Föderalismusreform II - eine existenzielle Frage für Schleswig-Holstein

Von

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Schuldenbremse und Alt-schuldenregelung - hinter diesen Begriffen verbergen sich die größten Streitpunkte in der Föderalismuskommission II. Anfang März haben die beiden Vorsitzenden Peter Struck (SPD) und Günther Oettinger (CDU) die Vorschläge des Bund-Länder-Gremiums vorgelegt. Ende März sollen die entsprechenden Gesetze in den Bundestag eingebracht, Ende Juli im Bundesrat verabschiedet werden.

So mancher, der das Wort Föderalismusreform hört, wird sich desinteressiert abwenden. Staubtrocken und undurchschaubar wirkt die Thematik. Dabei müssten wir alle sehr hellhörig

und aufmerksam werden. Denn es geht um grundsätzliche Änderungen unserer Verfassung, um die Chancengleichheit der Bundesländer und um die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Zukunft. Die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben auf ihrer Klausurtagung im Februar darüber mit Fraktions- und Parteichef Ralf Stegner diskutiert. Unser Fazit: Es besteht Anlass zu ernster Sorge um die Zukunft Schleswig-Holsteins und großes Kritikpotential.

Worum geht es konkret?

► **Schuldenbremse:**

Die Föderalismuskommission hat auf Drängen der CSU und einiger CDU-geführter Bundesländer beschlossen, eine konkrete Schuldenregelung ins Grundgesetz aufzunehmen. Bei der strukturellen Neuverschuldung wird dem Bund ab dem Jahr 2016 eine jährliche Neuverschuldung in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zugestanden. Die Länder sollen ab 2020 in diesem Bereich keine Schulden mehr machen dürfen. Für sie gilt der Wert 0,0! Im Bereich der konjunkturellen Verschuldung ist Bund und Ländern eine Neuverschuldung von drei Prozent des BIP erlaubt.

Natürlich stellen wir nicht das hiermit angestrebte Ziel der Schuldenbegrenzung in Frage. Gerade die SPD ist ein Anwalt zukünftiger Generationen und be-



SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner, MdL und Landesgruppen-sprecher Ernst Dieter Rossmann, MdB bei der Klausurtagung in Itzehoe
Foto: Struppek

fürwortet Nachhaltigkeit in punkto Staatsfinanzen. Aber es scheint, als ob die Kommission mit diesen detaillierten, restriktiven Vorgaben zu weit ginge. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten, die natürlich auch auf Flexibilität in Haushaltsfragen beruhen, würden zumindest stark eingeschränkt.

Für Schleswig-Holstein, aber auch für alle anderen Bundesländer, stellt sich die Frage, wie sie in Zukunft Investitionen finanzieren können. Zukunftsinvestitionen für Bildung, Forschung, Infrastruktur nur aus den Rücklagen - geht das?

► **Altschuldenregelung:**

Damit ab dem Beginn der Schuldenbremse im Jahr 2020 alle Länder die glei-

chen Voraussetzungen haben, sind die stark verschuldeten Bundesländer auf Mithilfe beim Abtragen ihrer Altschulden angewiesen. Schleswig-Holstein, das ein strukturelles jährliches Defizit von 500 Mio. Euro aufweist, hatte in die Föderalismuskommission folgenden Vorschlag eingebracht: Schuldengrenze 0,75 Prozent des BIP und jährliche finanzielle Hilfen in Höhe von 260 Mio. Euro. Was Bund und finanzstarke Länder Schleswig-Holstein neun Jahre lang zugestehen wollen, sind je 80 Mio. Euro. Eine realistische Chance, die Nettoneuverschuldung zurückzuführen, hat das nördlichste Bundesland damit nicht. Der Wettbewerbsnachteil im Vergleich

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- **Rettungsring für Werften**
Seite 2
- **Konjunktur für Kommunen und Handwerk**
Seite 3
- **Finanzmärkte regulieren**
Seite 4
- **Verantwortliche Verkehrspolitik**
Seite 5
- **MdLs in Berlin** Seite 6
- **Kirche am Scheideweg?**
Seite 7
- **Politik für Kinder**
Seite 8
- **Die Energiewende voranbringen** Seite 9
- **Personalien & Newsticker**
Seite 10

- Fortsetzung von Seite 1 -

zu konsolidierten Bundesländern ab 2020 ist damit vorprogrammiert, zumal ein neu eingerichteter „Stabilitätsrat“, bestehend aus den Finanzministern von Bund und Ländern sowie dem Bundeswirtschaftsminister, vereinbarte Zielvorgaben der verschuldeten Länder überprüft und bei Nichteinhaltung mit Streichung der 80 Mio. Euro Konsolidierungshilfe sanktioniert. Von einem eigenen haushaltspolitischen Gestaltungsrecht der Länderparlamente kann hier nicht mehr die Rede sein. Die Regelung erscheint jedenfalls verfassungsrechtlich sehr bedenklich und sollte so nicht beschlossen werden.

Wir schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck unsere Bedenken in einem Positionspapier zur Kenntnis gegeben. Wie wir uns bei der Abstimmung im Bundestag verhalten werden, hängt maßgeblich davon ab, ob unsere Kritik Gehör findet und es Änderungen gibt.

Impressum:

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76318

Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt
Büro MdB Dr. Bartels

Rettungsring für die Werften

Das Wort „systemrelevant“ ist in der Diskussion um Staatshilfen in der Wirtschaftskrise immer wieder zu hören. Ist etwa eine vor der Pleite stehende Bank „systemrelevant“, so wird sie mit öffentlichen Geldern gestützt, weil die Folgen einer Zahlungsunfähigkeit gravierende Auswirkungen auf das ganze Finanzsystem hätten. So geschehen im Fall der Hypo Real Estate. Für Fehler des Managements kommt hier also die Solidargemeinschaft der Steuerzahler auf. Aus gutem Grund – weil ein Zusammenbruch der HRE, des zweitgrößten Herausgebers von Pfandbriefen weltweit, für Steuerzahler, Sparer und Arbeitnehmer wesentlich teurer sein würde.

Wenn aber Banken staatliche Einlagen und Bürgschaften bekommen, was ist dann mit Hilfen für die Realwirtschaft? Nach den Finanzinstituten sind nun auch viele größere Unternehmen in Deutschland existenziell bedroht. Allen voran Opel. Bis zu 100.000 Arbeitsplätze wären bei einer Pleite des Autobauers insgesamt in Gefahr. Ist Opel damit „systemrelevant“? Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt nein. Müssen wir also tatenlos zusehen?

Sozialdemokraten werden das nicht tun! Denn industrielle Kapazitäten, die wir jetzt preisgeben, sind unwiederbringlich weg. Wenn sie nach der Krise neu entstehen, dann eher in Osteuropa oder in den asiatischen und südamerikanischen Schwellenländern. Die Probleme einer quasi deindustrialisierten Gesellschaft aber beobachten wir gerade in Großbritannien. Wir wollen deshalb die deutsche Industrie erhalten und sie stark machen für die Zeit nach der großen Krise.

Das gilt auch für den deutschen Schiffbau. Er ist von der Krise existenziell betroffen. Weil der Welthandel massiv eingebrochen ist, steht die Nachfrage nach neuen Containerschiffen still. Ob die im gegenwärtigen

Auftragsbestand der deutschen Werften befindlichen 192 Schiffe tatsächlich alle fertig gebaut werden, weiß heute niemand. Erst vor wenigen Tagen stoppte ThyssenKrupp Marine Systems den Bau von vier Containerschiffen. Die Banken hatten ihre Finanzierungszusage zurückgezogen. Betroffen ist auch HDW-Gaarden.

Kredite für Werften

Wenn der Exportweltmeister Deutschland die viertgrößte Schiffbaunation der Welt bleiben soll (Reederland Nr. 1 sind wir sowieso), dann brauchen wir einen Rettungsring für die Werften, jetzt!

Die zunehmend restriktive Politik der Banken bei der Kreditvergabe macht den Schiffbauern schwer zu schaffen. Weder Werften noch Reeder kommen an Geld. Deshalb hat die Bundesregierung reagiert und im Rahmen des „Bankenschirms“ ein milliardenschweres KfW-Sonderprogramm aufgelegt. Es soll die Kreditversorgung der Wirtschaft stärken. Das Programm steht ausdrücklich auch Werften und Reedern für die Schiffbaufinanzierung zur Verfügung. Helfen soll zudem eine erweiterte Haftungsfreistellung so-

wie eine Lieferantenkreditabsicherung.

Wenn in Zeiten der Auftragsflaute nun Kurzarbeit ansteht, sollten die Werften aus der Not eine Tugend machen und die Gelegenheit nutzen, ihre Mitarbeiter weiter zu qualifizieren. Hierfür stehen viele Fördermöglichkeiten bereit. Aber die Werften können auch selbst einen Beitrag leisten und endlich den überbetrieblichen Beschäftigungspool umsetzen. Konkurrenzdenken überwinden und gemeinsam handeln, lautet das Gebot der Stunde.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, öffentliche Aufträge für Marine, Forschung und Lotsenversetzungsamt vorzuziehen, um Werften – z.B. Lindenau in Kiel – vor der Insolvenz zu retten. Gespräche zwischen Verteidigungsministerium, Finanzministerium, Werften sowie SPD-Abgeordneten laufen bereits.

Bei allen Maßnahmen muss klar sein, dass öffentliche Gelder nicht ohne Prüfung eingesetzt werden. Steuermittel darf es nur geben, wenn tragfähige Konzepte für die Zukunft vorliegen.

Dr. Hans-Peter Bartels



Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, ist stellvertretender Sprecher der AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Konjunktur für Kommunen und Handwerk!

Am 13. Februar hat der Bundestag das 50-Milliarden-Euro schwere Konjunkturpaket II beschlossen, das 322,6 Mio. Euro Bundesmittel bis Ende 2010 nach Schleswig-Holstein bringt. Jetzt sollten die Kommunen rasch bis April 2009 förderfähige Anträge stellen, um so öffentliche Aufträge für Handwerk und Mittelstand und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Es geht um viel Geld, das der heimischen Wirtschaft schnell und verlässlich die Auftragsbücher füllen soll. Dabei hilft, dass der Bund die Vergaberichtlinien befristet für zwei Jahre nach oben verschoben hat und bis zu 100.000 Euro frei bzw. nach nur beschränkter Ausschreibung vergeben werden können. Die von vielen Kreisen im Januar vermeldeten reinen „Investitionswunschlisten“ sind zum großen Teil „reif für den Papierkorb“, weil nach den Kriterien des Gesetzes nicht förderfähig: Die Maßnahmen müssen zweifelsfrei „zusätzlich“ und „nachhaltig“ sein sowie laut Grundgesetz (104b GG) „in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes“ liegen. Damit sind alle Baumaßnahmen und Sanierungen an öffentlichen Gebäuden (trägerunabhängig!) förderfähig, die der Energieeffizienz, der behindertengerechten Umgestaltung öffentlicher Gebäude sowie dem Lärmschutz dienen.

Viele Kommunen hätten das Geld des Bundes lieber anders verwendet, aber das Grundgesetz müssen nun einmal alle politischen Ebenen respektieren. Es waren die Ministerpräsidenten der Union, die vor zweieinhalb Jahren über den Bundesrat mit der Föderalismusreform I dem Bund die Möglichkeit entzogen, auch künftig Bundesgeld direkt in die Kommunen zur Finanzierung von Bildungseinrichtungen zu vergeben.

301,1 Mio. Euro fließen bis 2010 insgesamt in unsere Kommunen, wovon 105,4 Mio. Euro für Infrastrukturvorhaben bereit stehen. Für diesen „Topf“ beim Land gab es bei der bisherigen „Schnellmeldung“ der Verwaltungen noch überhaupt

Anträge prüfen

keine Anträge. Dabei „schlummern“ hier allein 14,9 Mio. für die „ländliche Infrastruktur“ und 45,6 Mio. Euro für die Bereiche Sport, energetische Sanierung und Städtebau.

Wichtig zu wissen: Die Förderung gilt „trägerunabhängig“, d.h. Kindergärten von AWO, Kirche, DRK, Waldorf, Montessori und El-

terninitiativen sind ebenso förderfähig wie z.B. Sportstätten, die von gemeinnützigen Vereinen getragen werden.

In den Kommunen sollten jetzt die Ausschüsse im Lichte der feststehenden Förderkriterien alte, nicht förderfähige Anträge schnell aussortieren und neue beschließen. Chancen bieten sich nicht nur für Schulen und Kitas, sondern für alle öffentlichen Gebäude, die dem Gemeinwohl dienen: Also können auch in Bürgerbegegnungsstätten, Rathäusern, Jugend- und Seniorentreffs oder Feuerwehrhäuser die Fassaden und Dächer gedämmt und Heizsysteme erneuert werden. Sinkende Betriebskosten werden in Zukunft die 25prozentige Kofinanzierung der Kommunen schnell mehr als „wettmachen“.

Wenn wir unsere Kinder und Enkel schon mit zusätz-



Bettina Hagedorn, MdB, Mitglied im Haushaltsausschuss und stellvertretende Sprecherin der AG Kommunalpolitik

lichen Schulden in diesem Ausmaß belasten (müssen), dann ist es vernünftig, in Energiesparmaßnahmen öffentlicher Gebäude zu investieren. Und dass 65 Prozent der kommunalen Mittel in Schulen und Kindergärten gesteckt werden müssen, macht das ganze Programm doppelt sinnvoll.

Bettina Hagedorn

Kommunalpolitiker bei SPD-Bundestagsfraktion zu Gast



Insgesamt 500 Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland nahmen im Januar an einer Informationsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin teil. Auf dem Programm standen Gespräche mit Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück. Einige der Teilnehmer aus Schleswig-Holstein mit „ihren“ MdBs sind auf diesem Foto zu sehen.

- Termine -

**27.03.09, 17.00 Uhr,
Lübeck:**

Auf Einladung der Lübecker SPD-Bundestagsabgeordneten **Gabriele Hiller-Ohm** ist die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, **Karin Evers-Meyer**, an diesem Tag Gast bei der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Gemeinsam sind wir STARK! UN-Behindertenkonvention in Deutschland umsetzen“. Nach ihrem Impulsreferat diskutiert sie u.a. mit **Wolfgang Baasch**, MdL und **Magdalene Ossege**, Leiterin des Lübecker Sprecherkreises für Menschen mit Behinderung.

Die Veranstaltung findet statt im Bürgerschaftssaal des Lübecker Rathauses. Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Gabriele Hiller-Ohm**: Telefon 0451/3846895 und E-Mail gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de

**01.04.09, 18.30 Uhr,
Pinneberg:**

Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Finanzmärkte regulieren - Arbeitnehmerrechte stärken“ laden der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete **Ernst Dieter Rossmann** und der SPD-Ortsverein Pinneberg ins Hotel „Cap Polonio“ ein. Referent ist der ehemalige Hamburger Bürgermeister und SPD-Finanzexperte **Ortwin Runde**, MdB. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage www.ernst-dieter-rossmann.de. Anmeldungen werden erbeten per Fax an **Herbert Hoffmann** unter 04101/61103.

Die Finanzmärkte nachhaltig regulieren

Derzeit befinden wir uns, allen Einschätzungen nach, in der schwersten Finanzkrise seit 80 Jahren. Die internationale Staatengemeinschaft hat jetzt zur Aufgabe, die weltweiten Finanzmärkte zu reformieren und neu zu ordnen, um eine solche gravierende Gefährdung der Weltwirtschaft - und damit gleichzeitig unzähliger Arbeitsplätze - nicht wieder zuzulassen.

Das Ausmaß von nicht mehr werthaltigen Krediten, die von den Banken abgeschrieben werden müssen, ist nahezu unvorstellbar. Um die Funktionsfähigkeit des internationalen Finanzsystems aufrecht zu erhalten, war es notwendig, dass der Staat einspringt und damit gleichzeitig die Wirtschaft stützt.

Die Banken sind besonders im Immobiliensektor große Risiken eingegangen, die sie mit sogenannten Verbriefungen weitergegeben haben. Unterstützt wurde ein solches Verhalten durch falsche Anreize, wie beispielsweise Vergütungssystemen, die an kurzfristigen Umsatzzielen und exzessiven Renditeerwartungen orientiert sind. Nicht zuletzt deshalb konnte sich die Spekulationsblase ungeahnt groß ausdehnen.

Gegenwärtig erleben wir die gravierenden Auswirkungen der Fehlentwicklungen im Bankensektor auf die Realwirtschaft, mit Opel an prominenter Stelle. Banken müssen von den Regierungen mit hunderten von Milliarden stabilisiert und antizyklische Finanzpolitik eingesetzt werden – die eine große Verschuldung bedeutet – , um der Rezession nicht freien Lauf zu lassen.

Die Verschuldung ist die richtige Entscheidung in der Krise. Die entstehenden Lasten müssen aber fair verteilt werden. Dazu brauchen wir eine gerechte Ge-

sellschafts- und Wirtschaftsordnung sowie nachhaltig regulierte Finanzmärkte – national und international.

Nicht nur aufgrund der Gerechtigkeit, sondern ebenfalls zur Legitimation unserer Sozialen Marktwirtschaft müssen wir die Verantwortung für die derzeitige Krise den Verursachern übertragen. Deshalb haben Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück klar im vergangenen Monat die SPD-Positionen zur Neuordnung der Finanzmärkte dargelegt. Die Finanzmärkte müssen wieder ihre dienende Funktion für Wirtschaft und Bürger einnehmen.

Überzeugungen der SPD

Anfang März konnte sich der Koalitionsausschuss auf wichtige Regulierungen einigen. Das Kabinett hat aktuell im Bereich der Managementgehälter folgenden Punkten bereits zugestimmt:

- ▶ klareren Kriterien für die Angemessenheit der Vorstandsvergütungen und eine stärkere Langfristorientierung für variable Vergütungsbestandteile,
- ▶ verschärften Regeln zur nachträglichen Kürzung der Vorstandsbezüge, wenn sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens wesentlich verschlechtert hat
- ▶ der Klarstellung, dass



Gabriele Hiller-Ohm, MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Tourismusausschuss und stellvertretende Sprecherin der SPD-Landesgruppe SH

künftig das Aufsichtsratsplenum und nicht nur ein von diesem eingesetzter Ausschuss über die Vergütung des Vorstands beschließt.

▶ Außerdem wird es eine Verschärfung der Haftung des Aufsichtsrats, eine nochmalige Verbesserung der individualisierten Offenlegung der Vergütung von Vorständen und eine Sperrfrist für den Eintritt ehemaliger Vorstandsmitglieder in den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats geben.

In den kommenden Wochen wird die SPD die Punkte wieder in den Vordergrund stellen, auf die sich die Unionsseite bisher nicht einlassen wollte. Solche sind in erster Linie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit überhöhter Managementvergütungen und die explizite Bindung der Unternehmensleitung an das Wohl der Beschäftigten und Allgemeinheit, nicht nur an das der Aktionäre, wie dies in der Realität der Fall ist.

Gabriele Hiller-Ohm

Verantwortliche Verkehrspolitik



Beim Gespräch mit Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bahn AG kritisierten die SPD-Bundestagsabgeordneten die Pläne zur Bahnprivatisierung: v.li.: Ernst Dieter Rossmann, Stefan Garber, Gabriele Hiller-Ohm, Wolfgang Wodarg, Otto Wiesheu, Jörn Thießen und Karl-Friedrich Rausch

Verkehr soll umwelt- und klimafreundlich, sozial verantwortlich und gleichzeitig wirtschaftlich effizient gestaltet werden. Die Bevölkerung ist auf Mobilität angewiesen, wie auch Wirtschaft und Tourismus. Unser gemeinsames Bestreben muss es sein, das gesamte Spektrum der Verkehre innerhalb Schleswig-Holsteins und in seiner Funktion als Transitverbindung so zu gestalten, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Maßstäbe einander nicht ausschließen, sondern miteinander im Einklang stehen.

Um diese Herausforderungen auch zukünftig zu bewältigen und die Standortvorteile zu sichern, müssen die einzelnen Verkehrsträger effizienter eingesetzt und verknüpft werden. Aus diesem Grund ist es richtig und notwendig, in den Ausbau und die Verbesserung der schleswig-holsteinischen Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Schiene, Wasserwege und Radwege müssen dabei eine größere Rolle spielen.

Bei den notwendigen Infrastrukturvorhaben ist der Sicherung der bestehenden qualitativ hochwertigen Infrastruktur gegenüber dem Neubau von Verkehrswegen Vorrang einzuräumen, um die Ziele zum Schutz von Natur- und Landschaftsräumen zu erreichen.

Um den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel am gesamten Transportaufkommen zu erhöhen, muss deren Attraktivität verbessert werden. Dazu ist beim Güterverkehr eine Qualitäts-offensive an Schnittstellen und Knotenpunkten des Verkehrs notwendig.

Im Bereich des Personenverkehrs geht es vor allem um die Förderung eines kundenfreundlichen und leistungsfähigen Personennahverkehrs, bessere Umsstiegsmöglichkeiten zwischen PKW und Schiene/Bus und die Stärkung des Radverkehrs.

Schleswig-Holstein könnte ein Vorbild werden für Individualverkehre mit geringen Raten, die auf anderen Antriebsarten, wie zum Bei-

spiel Strom aus „Wind-Solar-Tankstellen“ basieren.

Die Verlagerung motorisierten Straßenverkehrs auf die Schiene hat bisher nicht in nennenswertem Maße stattgefunden. Sie wird mittlerweile als „Lebenslüge der deutschen Verkehrspolitik“ bezeichnet. Gründe dafür liegen zu wesentlichen Teilen in der Kapazität der Netze, auch wenn deren Ausbau wie geplant voran gehen würde.

► Unser Ziel bleibt es, von einer Verkehrspolitik Abschied zu nehmen, die sich primär auf fossile Träger stützt und zuerst den Straßenverkehr fördert.

► Wir sprechen uns für ein norddeutsches Konzept der abgestimmten Hinterland-anbindung der Häfen aus.

► Wir wenden uns gegen die Privatisierung der Bahn.

► Zudem schlage ich vor, untaugliche Modelle von öffentlich-privaten Finanzierungen der Verkehrsinfrastruktur für Schleswig-Holstein abzulehnen.

Jörn Thießen

- Termine -

02.04.09, 18 Uhr, Mönkloh:

Die für den Kreis Bad Segeberg zuständigen Abgeordneten **Jörn Thießen** und **Franz Thönnies** laden zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Mittelstand in der Krise? Was tut die Regierung für uns?“ ins Bürgerhaus Mönkloh ein. Nach den Kurzreferaten der Veranstalter bleibt allen Gästen ausreichend Zeit, um Fragen zu stellen und zu diskutieren.

Interessierte melden sich bitte an im Bundestagsbüro von **Jörn Thießen** unter Tel. 030/227-73549 oder per E-Mail an joern.thiessen@bundestag.de.

07.04.09, 19 Uhr, Lübeck:

Hohen Besuch erwartet die Hansestadt an diesem Tag im Lübecker Rathaus. Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten **Gabriele Hiller-Ohm** kommt Bundesarbeitsminister **Olaf Scholz** als Referent zu der Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung „Wie kann Lübeck die Krise meistern? Einsatz für Arbeit - Kurzarbeitergeld und Qualifizierung“. An der anschließenden Diskussionsrunde nimmt u.a. auch **Uwe Polkaehn**, DGB-Regionvorsitzender Schleswig-Holstein Ost teil. Die Veranstaltung findet statt im Lübecker Rathaus in der Breiten Straße.

Informationen und Anmeldung im Wahlkreisbüro von **Gabriele Hiller-Ohm**: Telefon 0451/3846895 und E-Mail gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de.

Landtagsabgeordnete zu Gesprächen in Berlin



v.l.n.r.: Torsten Geerdt CDU-MdL, Anna Schlosser-Keichel SPD-MdL, Niclas Herbst CDU-MdL, Heike Franzen CDU-MdL, Wolfgang Baasch SPD-MdL, Frauke Tengler CDU-MdL, Peter Eichstädt SPD-MdL und Parl. Staatssekretär Franz Thönnnes SPD-MdB

Anfang März trafen sich im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Mitglieder der Arbeitskreise Soziales von CDU und SPD aus dem Kieler Landtag mit dem Parlamentarischen Staatssekretär und SPD-MdB Franz Thönnnes zu einem Informationsgespräch.

Thönnnes erläuterte die von Bundesminister Olaf Scholz erzielte Übereinkunft zwischen den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und Kurt Beck zur Zukunft der ARGEN. Danach solle das Grundgesetz so ergänzt werden, dass gemeinsame Einrichtungen zur Erfüllung von Aufgaben auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitssuchende als „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ (ZAG) gebildet werden können.

Vorrangiges Ziel war, die Leistungserbringung aus einer Hand für die arbeitssuchenden Menschen zu wahren. Das CDU-Präsidium unterstützte dies; die CDU/CSU-Fraktion lehnte es ab. Und das obwohl man auch bereit sei die 69 Optionskommunen verfas-

sungsmäßig abzusichern. Angesichts der Notwendigkeit einer gut funktionierenden Arbeitsvermittlung sei dies unverantwortlich, so Thönnnes.

Ebenso informierte er über die von der SPD durchgesetzte Einführung einer dritten Stufe für Kinder beim Arbeitslosengeld II und der Sozialhilfe. Eine vom BMAS in Auftrag gegebene Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 komme zu dem Ergebnis, dass für die 6-13jährigen Kinder der Satz um 35 Euro monatlich gegenüber dem derzeitigen Satz von 211 Euro erhöht werden müsse. Mit dem erreichten Kinderbonus von 100 Euro und dem Schulstarterpaket von 100 Euro seien das gute sozialpolitische Erfolge.

Im Vorwege des Gesprächs im Ministerium war der SPD-Arbeitskreis Arbeit, Gesundheit und Soziales mit einigen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen.



Die Mitglieder des SPD-Arbeitskreises Arbeit, Soziales und Gesundheit mit den MdBs Ernst Dieter Rossmann, Sönke Rix, Gabriele Hiller-Ohm und Hans-Peter Bartels

Schleswig-Holsteins Handwerker sind vorsichtig optimistisch

„Zwei Drittel der schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe gehen davon aus, von der Konjunkturkrise nicht so stark betroffen zu sein“, sagte Jan-Nikolaus Sonntag, Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Handwerk SH beim Gespräch von Spitzenvertretern des Handwerks mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein. Dies sei auch den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung zu verdanken, die dem Handwerk viele Aufträge bescherte.

Bildungspolitiker Ernst Dieter Rossmann lobte: „Die schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe bilden überproportional viele junge Menschen aus.“ Udo Hansen von der HWK Flensburg berichtete über gute Erfahrungen im Bereich der Teilzeitausbildung, die besonders für Mütter interessant sei.

Wichtiges Anliegen des Handwerks: Mehr Breitbandförderung, damit Unternehmen nicht an ihrer positiven Entwicklung gehindert werden.



Carsten Jensen, Präsident der HWK Flensburg (li.) und sein Geschäftsführer Udo Hansen beim Gespräch mit der Landesgruppe

CDU boykottiert Einrichtung von Pflegestützpunkten

Zwei Auftritte am Rednerpult des Bundesrates führten sie nach Berlin, vorher schaute sie noch bei der wöchentlichen Sitzung der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein vorbei: Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren hatte den Abgeordneten Gutes und Unerfreuliches zu berichten.

Außerordentlich erfolgreich hat sich das 2008 initiierte Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ entwickelt. Die Zahl der Anträge habe sich

inzwischen verdoppelt. Mittlerweile würden über 9.000 Kinder von dem Programm profitieren.

Sorgen macht sich die Ministerin allerdings über die Entwicklung der Pflegestützpunkte in Schleswig-Holstein. „Die CDU boykottiert häufig auf Kreisebene die Einrichtung der unabhängigen Beratungsstellen“, so Trauernicht.

Landesgruppe und Ministerin diskutierten außerdem u.a. über Inklusion und den neuen Betreuungsansatz von Behinderten vor Ort.



Ministerin Dr. Gitta Trauernicht war Anfang März zu Gast bei der Frühstücksrunde der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Mission oder Markt? Steht die Kirche am Scheideweg?

Der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg besuchte den neu gewählten Bischof des Sprengel Schleswig und Holstein, Gerhard Ulrich in Schleswig und diskutierte mit ihm die Rolle der Kirche in der sozialen Daseinsvorsorge.

Als Anbieterin im Bereich medizinisch-pflegerischer Basisversorgung und als große Arbeitgeberin gerade in ländlichen Räumen hat die Kirche großen Einfluss auf die zukünftige Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge. Mit 28.000 hauptamtlichen Mitarbeitern in 750 Einrichtungen ist die Diakonie der größte Wohlfahrtsverband in Schleswig-Holstein und pflegt zum Beispiel rund 12.000 ältere Menschen ambulant oder in den Pflegeeinrichtungen. Das Geschäft blüht: mit den mehreren Tochterunternehmen setzen die diakonischen Einrichtungen jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag allein in Schleswig-Holstein um.

Aus sozialdemokratischer Sicht stellt sich die Frage: Ist die Kirche lediglich ein Wettbewerber im harten Geschäft mit dem Leiden und der Not unserer Mit-

menschen, oder bleibt sie unser treuer Partner für soziale Daseinsvorsorge in den Gemeinden?

Die Kirche steht als Anbieterin von Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen in direktem Wettbewerb mit rein ökonomisch ausgerichteten Unternehmen und ist

somit einem hohen Wirtschaftlichkeitsdruck ausgesetzt, der immer wieder zu Konflikten zwischen Anspruch und Wirklichkeit führt. Der hohe ethisch-moralische Anspruch an sich selbst kollidiert mit marktüblichen Dumpinglöhnen, viel zu geringen Personalschlüsseln und fehlenden Arbeitnehmervertretungen.

Dabei hat die Kirche einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Gesundheits-

konzernen: „Sie ist besser als jede Firma in die Gemeinden integriert und ist kein anonymes Unternehmen, sondern zeigt ihr Gesicht, ist ansprechbar und muss vor den Bürgern bestehen, die nicht nur Kunden, sondern oft auch gläubige Mitglieder sind“, meinte Wolfgang Wodarg als sachkundiger Gesundheitspolitiker. Deshalb könnte die Kirche als Partnerin in der medizinisch pflegerischen Basisversorgung auf dem Lande eine noch wichtigere Rolle spielen, wenn sie mit den politischen Gemeinden gemeinsame Wege aus der ethischen Misere eines Pflege-„Marktes“ findet.

Unser Wort in Gottes Ohr: Zumindest Bischof Ulrich unterstrich, dass ihm sehr viel daran liege, dass „die Kirche im Dorf bleibe“ und mit ihr auch die Verantwortung für gute Pflege und eine Betreuung, bei der nicht geschäftliche Interessen, sondern Nächstenliebe und das Interesse am Mitmenschen im Vordergrund ständen.



Der Flensburger SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg mit Bischof Gerhard Ulrich

Mehr Chancengleichheit in der Bildung

Nach monatelangem Ringen mit der Union ist der Durchbruch beim Schulbedarfspaket endlich geschafft: Ab diesem Sommer wird der staatliche Schulbedarfszuschuss von 100 Euro pro Schuljahr auch für hilfebedürftige Schüler bis einschließlich des 13. Jahrgangs ausgezahlt und nicht wie vorher nur bis zur 10. Klasse.

Noch bei den Beratungen zur Einführung dieses sogenannten Schulbedarfspakets Ende vergangenen Jahres stellte die Union sich mit unangemessenen Forderungen gegen die notwendige Ausweitung. Sie wollte sich die Verbesserung für sozial Schwache damit abkaufen lassen, dass Selbstständige die Kosten für Luxusinternate und teure Privatschulen ihrer Kinder bis 14 Jahre in unbegrenzter Höhe steuerlich hätten absetzen können. Das haben wir verhindert. Dass gerade die Schüler finanziell schlechter gestellt werden sollten, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, war eine bildungspolitische Zumutung. Nun ist soziale Gerechtigkeit für Kinder aus einkommensschwachen Familien auch auf dem Weg zum Abitur gewährleistet: Ab August bekommen auch sie einmal im Jahr jeweils zum Schulbeginn das Schulbedarfspaket.

Ein weiterer wichtiger Fortschritt dieser Einigung: In Zukunft erhalten auch hilfsbedürftige Vollzeit-Berufsschüler, die keine Ausbildungsvergütung beziehen, diese Unterstützung.

Außerdem beschränkt sich dieser „Bildungszuschuss“ nicht mehr nur auf Familien,

die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe beziehen, sondern wird auch an diejenigen ausgezahlt, die aufgrund eines zu niedrigen Einkommens den Kinderzuschlag bekommen. Diese Schüler bedürfen ebenfalls einer besonderen Unterstützung.

Mindestens 150 Millionen Euro im Jahr gibt der Bund für das Schulbedarfspaket aus. Eine wichtige finanzielle Unterstützung, die auch in Schleswig-Holstein Schülern aus einkommensarmen Haushalten zu Gute kommen wird. Es ist vorgesehen, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren noch vor der Sommerpause abzuschließen, so dass die Ausweitung der zusätzlichen Leistung schon für das kommende Schuljahr 2009/2010 wirksam werden kann.



Sönke Rix, MdB ist Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Kassenwart der Landesgruppe

Bildung gilt als wichtigster Schlüssel, um die Armutsquote zu verringern und darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Unser Beschluss ist ein wesentlicher Schritt zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen für alle Kinder.

Sönke Rix

Die Lebenswirklichkeit von Alleinerziehenden

Der Familienbericht von Frau von der Leyen hat aufgezeigt, dass 40 Prozent der Alleinerziehenden in Deutschland auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Das sind in Zahlen 660.000 Mütter oder Väter mit rund einer Million Kindern, dazu kommen 200.000 alleinerziehende Aufstocker mit nochmals rund 300.000 Kindern.

Diese Zahlen müssen uns erschrecken und weisen daraufhin, wie wichtig die Hilfe und Unterstützung für Alleinerziehende ist.

Kinder aus diesen Familien wachsen in finanzieller Armut auf. Armut hat viele Gesichter. Sie wirkt sich aus in z.B. mangelhafter Ernährung, der Bildung, der sozialen Teilhabe, in der Chancengleichheit.

Armut bedeutet die Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft für diese Kinder. Das ist ein unerträglicher Zustand.

Alleinerziehende haben besondere Belastungen und Risiken zu meistern. Sie tragen oft allein die gesamte Verantwortung. Sie können aufgrund ihrer Lebenssituation zeitlich nicht flexibel arbeiten. Ein weiteres Problem sind fehlende oder nicht ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Ich begrüße ausdrücklich einen erweiterten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für den Kindergarten und für die Schule bis zum zehnten Lebensjahr. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass wir Mütter



nur dann einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wenn wir wissen, dass unsere Kinder sicher aufgehoben und darüber hinaus qualitativ gut betreut und gefördert werden.

Wir brauchen den Mindestlohn für alle Branchen. Darüber hinaus müssen Alleinerziehende in den Jobcen-

tern besonderes gefördert und unterstützt werden.

Jedes Kind ist uns gleich viel Wert, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Helfen wir denen, die unserer Hilfe bedürfen – Alleinerziehende und ihre Kinder brauchen uns!

**Gesa Tralau
SPD-Bundestagskandidatin**

Messe „new energy husum“ meldet Rekordergebnis

Auf der internationalen Messe zur Nutzung der erneuerbaren Energien, der „new energy husum 2009“, informierten sich vom 12. bis 15. März rund 16.000 Messebesucher bei den 150 Ausstellern über die neuesten Produkte aus Wind, Sonne, Erdwärme, Biomasse sowie den Möglichkeiten der Energieeinsparung. Ein besonderer Schwerpunkt der Messe lag in diesem Jahr mit mehr als 20 Kleinwindanlagen-Ausstellern bei der Windenergie für Jedermann.

Zur Eröffnung sagte der Husumer Messechef und SPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Nordfriesland - Dithmarschen-Nord, Hanno Fecke: „Die wahre Kraft, die große Stärke und der

weltweite Nutzen der erneuerbaren Energien zeigen sich ganz besonders heute in einer Zeit, in der fast alle anderen Branchen im Strudel der weltweiten Wirtschaftskrise zu schwächeln beginnen. Hier investiert ist das Ersparte auch noch in ein paar Jahren etwas wert! Nur mit den Erneuerbaren ist es möglich, etwas gegen den Klimawandel zu tun, unabhängig von Öl, Gas und Atom zu werden und gleichzeitig seinen Geldbeutel zu schonen oder sogar Geld zu verdienen.“

Er schloss die Messe mit den Worten: „Andere Messen, die andere Branchen präsentieren, haben Rückgänge bei Besucher- und Ausstellerzahlen aber wir in Husum können gemeinsam

mit den Erneuerbaren Rekorde melden!“ Die Aussteller teilen diesen Optimis-

mus: „Wir suchen weiterhin viele, qualifizierte Mitarbeiter.“



Messechef Hanno Fecke eröffnete die „new energy husum“

David gegen Goliath – Die Energiewende voranbringen

Deutschland hat sich auf den Weg gemacht hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Eine konsequent umgesetzte Energiewende heißt: Nein zur Atomkraft, sukzessives Ersetzen fossiler Brennstoffe durch den Ausbau regenerativer Energien, Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz. Im Vordergrund müssen stehen: Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit.

In Zukunft wird der Preis für erneuerbare Energien sinken, während die Kosten durch konventionelle Energieerzeugung weiter steigen. Die durch drastische Erhöhung der Kundenpreise erzielten Gewinne gehen zu Lasten von Umwelt und Verbrauchern. Daher müssen wir weg von den Großkraftwerken auf Verbundebene und hin zu dezentralen Technologien und erneuerbaren Energien.

Mit dem verstärkten Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung und Projekten wie dem Offshore-Windpark „Borkum West II“ beschreiten wir den richtigen Weg, von dem auch besonders die struk-

turschwachen Küstenräume profitieren.

Die kommunale Ebene



Pro Energiewende: SPD-Direktkandidatin Birgit Malecha-Nissen

spielt bei dieser Entwicklung eine bedeutende Rolle: Wenn künftig Konzessionsverträge zwischen Kommunen und Netzbetreibern auslaufen, haben Städte und Gemeinden ihre Chance, die Energieversorgung in die eigenen Hände zu nehmen. Durch die Entscheidung für dezentral

produzierte Energien aus Biogasanlagen oder für Strom und Wärme aus Blockheizkraftwerken garantieren sie Versorgungssicherheit, bezahlbare Strompreise für die Verbraucher und leisten ihren Beitrag zum Klimaschutz.

Sicher ist dies ein steiniger Weg. Es ist mit harten Widerständen seitens der Energiekonzerne zu rechnen. Aber es lohnt sich für David, den Kampf gegen Goliath aufzunehmen. Dezentrale Kraftwerke stabilisieren die Stromnetze, nicht umgekehrt! Grundlastkraftwerke sind keine Voraussetzung für Versorgungssicherheit.

Akteure aus Kommunen, Land und Bund sowie Politik, Wirtschaft und Forschung müssen an einem Strang ziehen. Dann kommt die Energiewende voran.

Dr. Birgit Malecha-Nissen

Thönnnes bei der UNO in New York UN-Behindertenübereinkommen wird verbindlich



PStS Franz Thönnnes und Peter Taksoe-Jensen von der UNO

Mit der Übergabe der Ratifikationsurkunde zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen Ende Februar 2009 bei der UNO in New York durch Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, wird dieser völkerrechtliche Vertrag auch für Deutschland verbindlich. „Wir sind einer der ersten EU-Mitgliedsstaaten und zugleich der 50. Staat

weltweit, der dieses wichtige Dokument ratifiziert hat und machen somit auch den hohen Stellenwert für unsere Behindertenpolitik deutlich“, so Thönnnes.

Er begleitete den mehrjährigen Verhandlungsprozess von den Abschlussberatungen, über die Unterzeichnung in New York im Jahr 2007 und der Entscheidung im Deutschen Bundestag im Dezember 2008 bis zur jetzigen Überreichung an

den zuständigen Leiter der Rechts- und Vertragsabteilung im Generalsekretariat der UNO, Peter Taksoe-Jensen.

Das UN-Behindertenübereinkommen konkretisiert bestehende Menschenrechte von rund 600 Millionen Menschen mit Behinderungen auf der Welt und zielt auf die Förderung ihrer Gleichbehandlung in der Gesellschaft. Es fordert, Behinderung als Teil der Vielfalt wahrzunehmen und den Menschen eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Thönnnes: „Damit ist es auch sehr wichtig für die Weiterentwicklung unserer Behindertenpolitik und die über 8,4 Millionen Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Dabei stehen die inklusive Bildung, die Teilhabe am Arbeitsleben und die Förderung der Barrierefreiheit im Mittelpunkt.“

Rossmann hat neues Sprecheramt



Die SPD-Bundestagsfraktion hat den Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten **Dr. Ernst Dieter Rossmann** zum neuen bildungs- und forschungspolitischen Sprecher gewählt. Seit seinem Eintritt in den Bundestag im Jahr 1998 war er bereits stellvertretender Sprecher der AG Bildung und Forschung gewesen. **Rossmann:** „Leitziel meiner Politik ist und bleibt die Chancengleichheit in der Bildung. Deshalb lehnen wir in der SPD Studiengebühren nach wie vor ab.“

- Newsticker - Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Bund fördert Forschung in Kiel

Insgesamt 4,2 Millionen Euro stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung dem Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) zur Verfügung. 3,6 Millionen Euro fließen innerhalb von drei Jahren in ein Forschungsprojekt, das Dickdarmkrebs untersucht. 412.000 Euro stehen für die Ursachenerforschung von Leukämie zur Verfügung, weitere 205.000 Euro kommen der Analyse

genetischer Ursachen von Bauchspeicheldrüsenkrebs zu Gute.

Millionen für Deichbau

In den Deichbau zum Schutz der Küsten will das Land Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2015 rund 142 Millionen Euro zusätzlich investieren. Nach 2015 sind bereits jetzt 153 Millionen avisiert. Zusätzliche Mittel gibt es auch vom Bund: Etwa 85 Millionen Euro stehen bis zum Jahr 2025 zusätzlich zur Verfü-

gung. Hintergrund sind die noch nicht konkret abschätzbaren, aber zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels.

Die Deiche in Schleswig-Holstein schützen etwa 300.000 Einwohner und zirka 25 Prozent der Fläche des nördlichsten Bundeslandes.

10 neue LKW für den Katastrophenschutz

Schleswig-Holstein ist im März als einziges Bundes-

land flächendeckend mit der neuen Generation der Dekontaminations-LKW für den Katastrophenschutz ausgestattet worden. „Dass von bundesweit 25 LKW dieser Güte, die jetzt als erste Tranche ausgeliefert wurden, mit zehn der ‚Löwenanteil‘ nach Schleswig-Holstein geht, ist ein bemerkenswertes Signal des Bundes, auf das ich stolz bin“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, die zuständige Haushälterin für den Bereich Innenpolitik.